

Pressemitteilung FDP Ortsverband Langenfeld

FDP wirkt - Straßenausbaubeiträge werden abgeschafft!

15. März 2022

Die FDP Langenfeld begrüßt die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge! Nachdem die schwarz-gelbe Landesregierung diese 2020 bereits halbiert hatte, werden sie nun vollständig abgeschafft - und zwar auch rückwirkend bis 2020! Dies verkündete am 15. März 2022 unter anderem der Fraktionsvorsitzende der FDP, Christof Rasche.

Hierzu der Vorsitzende der FDP Langenfeld und hiesige Landtagskandidat, Dr. Mirko Bange:

„Was in Jahrzehnten sozialdemokratisch geführter Regierungen nicht gelungen ist, führen wir nun konsequent zu Ende - nämlich die vollständige Abschaffung der Anwohnerbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz! Das ist auch überfällig, denn für derartige Anliegen muss der Staat schlicht selbst sorgen. Es kann nicht sein, dass für unsinnige Projekte oder Umverteilungswahn Gelder aufgezehrt werden, aber die essentiellen Staatsleistungen wie eine gut funktionierende Infrastruktur nicht erbracht werden! Auch bin ich froh, dass noch vor der Wahl ein Strich unter die Sache gemacht wird. Denn ich muss schon sagen, dass man sich da verwundert die Augen reibt, wenn Parteien, die es vorher nie für nötig befunden haben, die Beiträge abzuschaffen, kurz vor der Wahl auf einmal leere Versprechungen machen. Dabei ist die Abschaffung natürlich gut und richtig. Sie entlastet die Bürgerschaft nachhaltig. Auch gibt es weniger Rechtsstreitigkeiten um die intransparenten, hohen und ungerechtfertigten Beiträge.“

Damit spielt der Vorsitzende der FDP Langenfeld darauf ab, dass noch bis vor Kurzem die Anlieger vielfach fünfstellige Straßenausbaubeiträge auf den Tisch blättern mussten, wenn die Kommunen - auch in Langenfeld - ihre Straßen saniert haben. Die Beiträge der Anlieger werden nach einem nun vorliegenden, schon kommende Woche im Plenum des Landtages zur Beratung anstehenden Antrag der Regierungsfractionen künftig das Land komplett übernehmen. Schon seit dem Jahr 2020 hat dieses die Beiträge der Anwohner hälftig übernommen. Möglich macht dies die solide Haushaltspolitik der NRW-Koalition, die finanzielle Spielräume hierfür eröffnet hat. Diese Mittel fließen nun in die Kostenübernahme. In den Folgemonaten soll das Kommunalabgabengesetz dann dahingehend geändert werden, dass die Beiträge dauerhaft entfallen.